



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 262
18. Wahlperiode / Nr.42
16. Oktober 2015

WICHTIGER DENN JE

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Vereinten Nationen feiern dieser Tage ihr 70-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung haben sie einen beträchtlichen Beitrag zum friedlichen Miteinander der internationalen Gemeinschaft geleistet. Auch bei der internationalen Flüchtlingskrise können sie langfristig dabei helfen, das Problem nachhaltig zu lösen. Kritik an der Arbeitsweise der Vereinten Nationen zeigt, dass sie nicht perfekt sind. Trotzdem bleiben sie wichtig. In der heutigen Welt brauchen wir die Vereinten Nationen mehr denn je, um Krieg, Hunger und Armut zu bekämpfen. Erst recht in Zeiten der Flüchtlingskrise.

Herzlichst, Ihr

Seit ihrer Gründung 1945 haben die Vereinten Nationen (UN) einen großen Beitrag zum friedlichen Miteinander der Staaten geleistet. Die internationale Organisation half unter anderem bei der Gründung des Staates Israel (1947-49), entschärfte die Kubakrise (1962) und sicherte ebenfalls den Frieden in vielen kriegerischen Konflikten der jüngsten Geschichte. Seit nunmehr 70 Jahren leistet die UN einen wichtigen Beitrag zum internationalen Frieden und zur internationalen Sicherheit. Ihre Gründung geht einzig und allein auf die schrecklichen Kriegsjahre des Zweiten Weltkrieges zurück. Seit jeher bekämpfen die Vereinten Nationen Ursachen, die den internationalen Frieden bedrohen und dafür sorgen, dass Menschen vertrieben, verfolgt oder schwerste Leiden ertragen müssen. Dabei besteht ein Großteil ihrer Arbeit aus Projekten zur humanitären und Entwicklungshilfe oder aber der Armutsbekämpfung und der Bereitstellung von Nahrungsmitteln für Hunger leidende Menschen weltweit. Aber auch die Formulierung, Durchsetzung und Tragweite der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entspringen den Vereinten Nationen.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der so viele Menschen auf der Flucht sind, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr und internationale Konflikte nicht mehr alleine zwischen Staaten geführt werden. Die UN ist die einzige Plattform, auf deren Basis die internationale Gemeinschaft Lösungen zur Bewältigung dieser Entwicklungen finden kann. Das gilt auch für die globale Flüchtlingskrise. Dabei können die Vereinten Nationen nur so stark sein, wie es die Gesamtheit aller Mitglieder zulässt. Die Befriedung internationaler Krisen hängt also nicht nur von einer problemorientierten und klugen Politik in Deutschland oder aber einer europäischen Lösung ab. Um die Flüchtlingskrise international zu entschärfen, müssen langfristig gemeinschaftliche Lösungen der internationalen Staatengemeinschaft gefunden werden. Ein Problem bei der Bekämpfung von Fluchtursachen liegt mitunter in der chronischen Unterfinanzierung der UN und ihrer Projekte selbst. Wir als Union halten es für wichtig und richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößtes Geberland der Vereinten Nationen einen essentiellen Beitrag zum Frieden in den internationalen Beziehungen leistet. Alleine für die Flüchtlingshilfe der UN hat Deutschland vor kurzer Zeit zusätzliche 100 Millionen Euro bereitgestellt. Auf diese Weise leisten wir seit dem Bestehen der UN eine enorme finanzielle Unterstützung im Kampf gegen Flucht, Vertreibung und Armut in der ganzen Welt.

DIE MARITIME WIRTSCHAFT STÄRKEN

Die maritime Wirtschaft ist eine Branche mit großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland. Regional, national und international nimmt sie hierzulande eine Schlüsselrolle für die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung ein. Die C D U / C S U - Bundestagsfraktion hat in dieser Woche daher an die Bundesregierung appelliert, ihre umfangreiche Unterstützung für diesen Wirtschaftszweig fortzuführen.

Darüber hinaus haben wir zukunftsweisende Vorschläge eingebracht, um die Rolle der Branche in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie Energiewende weiterhin global wettbewerbsfähig zu gestalten. Die Union setzt sich im Bundestag dafür ein, dass die maritime Wirtschaft in Deutschland nicht nur weiterhin wächst, sondern auch zukunftsfähig bleibt.

Seeschifffahrt, Schiffbau, Meerestechnik oder aber

der Ausbau und die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien sind in der maritimen Wirtschaft eng miteinander verzahnt und die Zukunftsfelder der zum Meer gehörigen Industrie. Damit die maritime Wirtschaft auch in Zukunft leistungsstark und wettbewerbsfähig bleiben kann, ist eine umfassende Unterstützung der Politik notwendig. Auf diese Weise können wir einen Teil dazu beitragen, dass sie weniger krisenanfällig wird.

DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG IST DA

Diesen Freitag hat der Bundestag mit großer Mehrheit die neue gesetzliche Grundlage zur Vorratsdatenspeicherung, das sogenannte *Gesetz zur Einführung einer Speicherfrist und einer Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten*, verabschiedet. Zuvor war es den Strafverfolgungsbehörden nur möglich, künftig anfallende und zum Zeitpunkt der Anfrage noch bestehende Kommunikationsdaten zu erheben. Dies hat in der Vergangenheit

mitunter zu Lücken bei der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr geführt. Durch die neue Gesetzesgrundlage können deutsche Sicherheitsinstitutionen nun zur Abwehr schwerster Straftaten auf im Vorfeld gespeicherte Daten zugreifen. Dies ist allerdings an überaus enge Regeln gebunden und kann auch nur im Rahmen einer richterlichen Anordnung vollzogen werden. Hinzu kommt, das nicht der Staat

die Verkehrsdaten speichert, sondern die Telekommunikationsunternehmen selbst. Bei den Verkehrsdaten handelt es sich nicht um den Inhalt der Kommunikation, sondern nur um die Rufnummern der beteiligten Anschlüsse sowie Zeit und Ort des Gespräches. Schwere Straftaten sind zum Beispiel Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, Betrug, Raub oder aber die Bestechung und Bestechlichkeit von Amtsträgern.

STÄRKUNG DER MILCHWIRTSCHAFT

Die Milchwirtschaft nimmt in der deutschen und europäischen Ernährungs- und Landwirtschaft eine herausragende Stelle ein. Dabei erschöpft sich der Nutzen der deutschen Milchwirtschaft nicht nur an der Schaffung von Arbeitsplätzen. Vielmehr werden durch die Milchviehhaltung auf Grünflächen auch große Teile geprägt und gepflegt. Um die Überproduktion von Milch europaweit zu stoppen, führte die Vorgän-

gerorganisation der Europäischen Union, die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*, 1984 ein Quotensystem ein. Durch die Deckelung der Milchproduktion wurden wettbewerbsfähige Betriebe in diesem daran gehindert zu wachsen. Aus diesem Grund wurde bereits 2003 durch die Agrarminister der EU-Mitgliedstaaten vereinbart, die Quote im Jahr 2015 auslaufen zu lassen. Damit wird nicht nur die unternehmerische Entschei-

dungsfreiheit der Milchwirtschaft gestärkt, sondern auch ein größerer Absatzmarkt für die qualitativ hochwertigen Milchprodukte auf dem globalen Markt geschaffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung diese Woche aufgefordert, die Milchunternehmer weiterhin in dieser Übergangsphase mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.



Bernd Sterzl / pixelio.de

TERMINAUSWAHL

26.10.2015

Gespräch des CDU-Präsidiums mit Vertretern des Zentralrats der Juden im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

29.10.2015

Treffen mit PPP-Patenkind Matthew Woodland in Stelle.

30.-31.10.2015

Klausurtagung des CDU Bezirksverbands Nordostniedersachsen in Hanstedt.

01.11.2015

Rednereinsatz beim Bezirkstag der Jungen Union in Hermannsburg.

02.11.2015

Gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands mit Vertretern der Österreichischen Volkspartei in Berlin.



Wolfgang Dirscherl / pixelio.de